

Gemeinde Kalbach erhöht Grund- und Gewerbesteuer

SPD und BfK stimmen für Steuerhöhungen und belasten die Bürger

So zu lesen als Schlagzeilen auf der Homepage der CDU-Kalbach www.cdu-kalbach.de .

BfK und SPD stimmen einheitlich für eine Anpassung der Gemeindesteuern welche erstmals in der Gemeinde Kalbach nach 16 Jahren für die Gewerbesteuer und 43 Jahren für die Grundsteuer A (Landwirtschaft und Forsten) und B (Privathaushalte moderat ab 2017 in zwei Schritten für die Grundsteuer auf das Niveau von der in Hessen geführten CDU Landesregierung empfohlen wird.

Zuerst möchten wir, die Mitglieder und Gemeindevertreter der BfK explizit bzw. ausdrücklich betonen, dass auch wir für niedrige Steuersätze sind um den Bürger, die Familien und die Unternehmen so wenig und so gering wie möglich mit Abgaben und Steuern zu belasten. Auch wir sind Steuerzahler!

Offenbar haben jedoch unsere Kollegen von der CDU vergessen, dass Grund- und Gewerbesteuern zwar den einzelnen belasten, jedoch direkte Einnahmen der Gemeinde sind, welche ausschließlich der Solidargemeinschaft und der Weiterentwicklung der Kommune zugute kommen.

Die Verwaltung einer Gemeinde wie Kalbach ist heutzutage nicht mehr wie vor 20- oder 30 Jahren ein statisches Verwaltungsobjekt, sondern wie ein reguläres Unternehmen zu führen, welches nach kaufmännischen Gesetzen gelenkt, gesteuert und geführt wird. Mit Erlösen, Aufwendungen und Investitionen. Und genau aus diesem Grunde wurden durch eine Verwaltungsreform die in der öffentlichen Verwaltung übliche Kameralistik durch eine kaufmännische Buchführung mit einer Kosten- und Leistungsrechnung ersetzt.

Genau nach diesen statischen Gesichtspunkten wurde in der Vergangenheit durch die Mehrheitsfraktion der CDU Kalbach die Gemeinde geführt. Vordergründig niedrige Kosten für den Bürger geachtet, auf einen sparsamen und ausgeglichenen Haushalt Wert gelegt. Lobenswert, sofern man auch die Zukunft mit der Weiterentwicklung der Gemeinde und Pflege bestehender Ressourcen zielgerichtet weiterverfolgt hätte. **Postfaktisch fährt die Gemeinde derzeit ihr Vermögen an Straßen und öffentlichen Anlagen voll auf Verschleiß, da zum Beispiel kein bzw. nur unzureichende Mittel für Ausbauten und Reparaturen zur Verfügung stehen.**

Aber nun zum eigentlichen Problem. Die Gebühren für Grundsteuern A+B wurden in Kalbach das letzte Mal im Jahre 1973 (vor 43 Jahren) und die Gewerbesteuer im Jahre 2000 (vor 16 Jahren) angepasst. Die Grundsteuer A liegt heute real bei 34% und die Steuer B 60% unter dem vom Land vorgeschlagenen Nivellierungswert . Die Gewerbesteuer liegt real bei 86% des vom Land vorgeschlagenen Wertes.

Aufgrund dieser Gegenheit erhält die Gemeinde Kalbach vom Land nur den Mindestsatz der Mittelzuweisungen und der Konsequenz, dass hierdurch in den vergangenen Jahrzehnten der Gemeinde hohe 6stellige Summen verloren gingen, welche für Infrastrukturprojekte hätten genutzt werden können. Das sind Straßen, Spielplätze, Grünanlagen, Bürgerhäuser, Dienstpersonal und anderes. Der entstandene Investitionsstau in der Gemeinde ist enorm, betrachtet man in den einzelnen Ortschaften verschiedene marode Straßen welche in einem Zustand verglichen mit Ostdeutschland in den 80ziger Jahren sind. Straßen wie der Ellerweg in Mittelkalbach, die Verbindung

von Heubach zum Sparhof oder von Veitsteinbach nach Kiliansberg um nur einige zu nennen, welche seit Jahren dringend hätten repariert werden müssen und heute den Zustand eines besseren Feldweges haben. Verglichen, die der Gemeinde aus dem KIP (kommunales Investition Programm) zur Verfügung stehende Summe von 148.000€ für 2017 und einem Gesamtstraßennetz von mehr als 70km für Straßenreparaturen und Ausbesserungen, nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Aber nicht nur Straßen auch andere Projekte wie die Kindergärten in der Gemeinde, welche jährlich mit rund 700.000€ bezuschusst werden und im Gemeindehaushalt zu Buche schlagen, oder die öffentliche Bücherei, oder ein Abtragen der Gemeindeschulden von über 5 Mio. Euro hätte beschleunigt werden können und vieles mehr.

Spätestens seit der letzten Gemeindevertretersitzung in welchen die Verwaltung allen Abgeordneten eine vorbildlich ausgearbeitete Auswertung (welche unter anderem auch von der CDU ausdrücklich gelobt wurde) über die in den kommenden Jahren anstehenden und notwendigen Straßenreparaturen mit einer Gesamtinvestitionssumme von 30 Millionen Euro bekanntgegeben wurden, hätten auch beim letzten CDU Gemeindevertreter alle Alarmglocken läuten müssen. Nicht umsonst werden die Bürger Kalbachs für Straßenreparaturen mit 90% der anfallenden Kosten belastet. Vorbeugende Maßnahmen hätten diesen hohen Beteiligungswert womöglich bürgerfreundlicher gestaltet.

Eine Großreparatur über mehr als 400.000€ für die Sebastianstraße nach einem Unwetter im Juni diesen Jahres für welche alle Bürger aufkommen müssen, hätte abgedeckt werden können.

Es ist deshalb uns allen (Gemeindevertreter der BfK/SPD) unverständlich, dass sich jetzt die gesamte CDU-Gemeindevertretung ihrer Verantwortung für die Gemeinde entzieht und eine moderate Erhöhung der Steuern auf Landesniveau ablehnt.

Wie sollen die Erhöhungen aussehen?

Der derzeitige Stand der Grundsteuer A+B liegt bei 220% und soll in zwei Schritten für 2017 um Punkte auf 295% und 2018 für die Grundsteuer A auf den **Landesrichtwert** von 332% und die Grundsteuer B auf 365% angehoben werden. Die Gewerbesteuer ab 1.1.2017 von 310% Punkten auf den Richtwert von 357. Damit liegt die Gemeinde mit ihren Hebesätzen nach wie vor bei den niedrigsten Kommunen im Landkreis Fulda.

Mit der Erhöhung der Grundsteuer in zwei Schritten, werden die Bürger moderat an die erhöhten Belastungen herangeführt.

Der Argumentation der Kalbacher CDU, dass niedrige Gewerbesteuern Unternehmen ansiedeln sollen, können wir nur bedingt folgen, zumal jetzt einer der größten Kalbacher Gewerbesteuerzahler die Gemeinde verlässt und seinen Firmensitz in einen anderen Ort mit höheren Gewerbesteuersätzen verlagert. Weiterhin sind Gewerbesteuern für ein Unternehmen Kosten welche wiederum die Einkommen- bzw. die Körperschaftssteuer reduzieren.

Und noch etwas. Grundsteuer- und Gewerbesteuereinnahmen lassen eine Gemeinde leben, da sie direkt eingenommene Beträge sind, ein „Soli“ jeden Bürgers welcher dem Allgemeinwohl der Gemeinde zugute kommen. Wie immer man auch Allgemeinwohl definieren mag.

Wir wissen, dass die CDU die BfK als Hauptverursacher ihrer derzeitigen Misere sieht. Dem ist aber nicht so, denn nicht umsonst haben bei der letzten Kommunalwahl mehr als 20% der Kalbacher Bürger und ehemalige CDU-Wähler der großen Partei eine Absage erteilt und ihr den Rücken gekehrt. Wir sind nicht der Feind einer Partei, unser Interesse als **Verein(!)** gilt ausschließlich dem Wohlergehen der Gemeinde Kalbach und für 2017 dem Wunsch einer offenen Gemeindepolitik.